



Von der SA angebrachte Boykottaufruf an einem jüdischen Geschäft in Berlin 1933: Eine Ära voll Haß, Niedertracht und

Warten auf Hitler

SPIEGEL-Redakteur Heinz Höhne über Deutschlands Weg in die Diktatur (VII)

Adolf Hitler hatte es geschafft. Die Wahlen des 5. März 1933 waren zu einem überwältigenden Plebiszit für den „Volkskanzler“ geworden, der Reichstag war entmündigt worden und hatte mit der Annahme des Ermächtigungsgesetzes dem Führer der NSDAP den Weg zur Alleinherrschaft freigemacht.

Doch Hitlers Macht war noch nicht perfekt, die Gewichte im Kabinett hatten sich kaum verändert. Erst jetzt kam Hitlers eigentliche Machtergreifung: die nationalsozialistische Revolution, die die gewohnte politische Welt der Deutschen radikal umkehrte.

Über Deutschlands Städte und Dörfer ergoß sich der Lavastrom eines politischen Fanatismus und Proselytentums, der alles unter sich begrub, was dem neuen Regime noch widerstanden hatte. Ein bedrückend-unheimlicher Prozeß der Gleichschaltung begann, in dem sich nationaler Erweckungsseifer und simpler Anpassungsdrang, die Herrschsucht der alten Machteliten und die Beutegier der neuen Machthaber miteinander verbanden.

In Gang gesetzt hatte sich diese Bewegung noch am Tag des nationalsozialistischen Wahltriumphs. Ihre ersten Opfer

waren die meist von bürgerlichen Parteien mit gelegentlicher SPD-Beteiligung gestellten Länderregierungen, die sich bis dahin dem Sog des Hitlerismus entzogen hatten.

Hamburg, Bremen, Lübeck, Schaumburg-Lippe, Hessen, Baden, Württemberg, Sachsen und Bayern – ihre Regierungen wachten fast ängstlich darüber, sich bei der Jagd auf Kommunisten keine Blößen zu geben, die Hitler und sein Reichsinnenminister Wilhelm Frick dazu benutzen konnten, mit Hilfe der nach dem Reichstagsbrand erlassenen „Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“ ein Land gleichzuschalten.

Die meisten Länderregierungen hatten jedoch eine Schwäche: Sie verfügten über keine parlamentarische Mehrheit. Und das machten sich die Nationalsozialisten zunutze, wobei staatliche Repressionsmittel und Propagandatechniken der Partei zusammenwirkten.

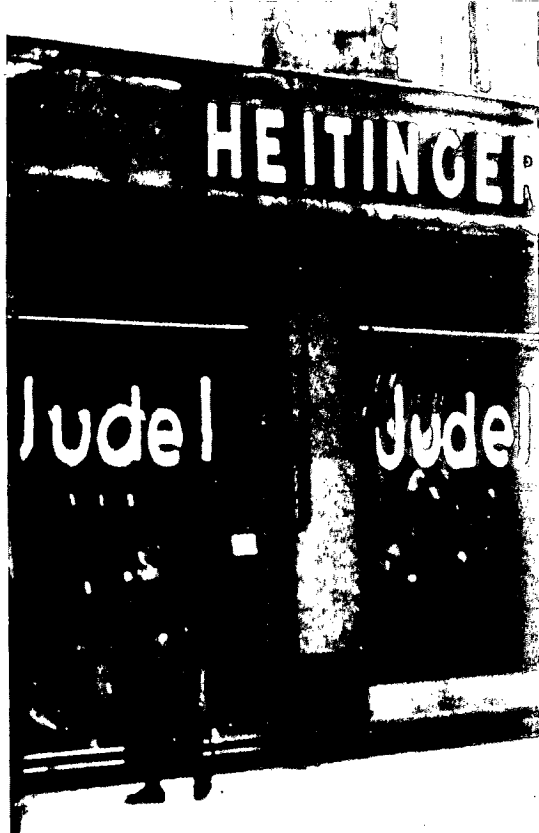
In Hamburg schlugen sie noch am 5. März los: Nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Senatsregierung verlangte die Hamburger NSDAP, einen Parteigenossen mit der Leitung der Polizei zu betrauen. Als sich der Senat

weigerte, rotteten sich nationalsozialistische Polizeibeamte zusammen und hielten auf Gebäuden der Hamburger Polizei die Hakenkreuzflagge.

Statt die Fahnen sofort entfernen zu lassen, reagierte der Senat ratlos, was die Nazis nur ermunterte, ihn noch mehr unter Druck zu setzen. Der stellvertretende Gauleiter Harry Henningsen polterte: „Machen Sie Schluß, jetzt sind wir an der Reihe!“

Da griff Frick ein und ernannte einen SA-Führer zum kommissarischen Polizeibeauftragten des Reiches. Begründung: Der Senat könne die öffentliche Sicherheit nicht mehr gewährleisten. Drei Tage später trat der Senat zurück, ein neuer Senat wurde gebildet, in dem sich die NSDAP allerdings noch die Macht mit den bürgerlichen Parteien teilen mußte. Hamburg war gleichgeschaltet.

Das war das Muster, nach dem nun alle weiteren Gleichschaltungsoperationen abliefen: Forderung nach einer Besetzung des höchsten Polizeipostens durch einen Nationalsozialisten, daraufhin putschähnliche Massenkundgebungen der Partei, Hissen der Hakenkreuzflagge auf öffentlichen Gebäuden, Inter-



Entehrung, die im Massenmord endete

vention von Frick, Bildung einer neuen NS-genehmen Regierung.

So geriet ein Land nach dem anderen in die Gleichschaltungsmechanik der Nazis: Am 6. März fielen Bremen und Lübeck, am 7. März zwangen SA- und SS-Einheiten die hessische Regierung zum Rücktritt, am 8. März rissen hohe NS-Funktionäre als Reichskommissare in Baden, Württemberg und Sachsen die Macht an sich, am nächsten Tag war Bayern an der Reihe.

Dort saß nun freilich ein couragierter Ministerpräsident, der sich auch nicht durch die Drohung mit einem SA-Aufstand bewegen ließ, das Land den Nazis auszuliefern. Heinrich Held, ein Anhänger der Bayerischen Volkspartei, lehnte es ab, den NS-Reichsleiter Franz Ritter von Epp zum Generalstaatskommissar zu ernennen. Frick mußte erst wieder intervenieren, um Epps Ernennung wenigstens zum Reichskommissar durchzusetzen.

Doch Held gab nicht auf. Er regierte noch tagelang weiter, bis Frick jedem bayrischen Ministerium

einen Kommissar vorsetzte und damit Held die Fortsetzung normaler Regierungsarbeit unmöglich machte. Held und seine Minister traten zurück.

Der bayrische Umsturz spülte zwei brennend ehrgeizige Altnazis nach oben, die von Hitlers Machtübernahme bis dahin noch kaum profitiert hatten. Beide wurden zu Zentralfiguren der Gleichschaltungsbewegung, jeder auf seine Art: der SS-Chef Heinrich Himmler durch eine kalt-bürokratische Unterwanderungstechnik, die ihn in kurzer Zeit in den Besitz der wichtigsten Polizeifunktionen in den Ländern brachte, und der SA-Stabschef Ernst Röhm durch die unverhüllte Mobilisierung aller Besitz- und Racheinstinkte seines Parteiheeres.

Vor allem die SA wurde zum Motor der Gleichschaltung, denn Röhm 700 000 SA-Männer mochten sich nicht mit der Besetzung einiger Posten in den Länderverwaltungen begnügen. Sie wollten die ganze Macht haben, die Macht im Staatsapparat, in der Wirtschaft, ja sogar in der Armee.

Diffuse Vorstellungen von einer neuen Gesellschaftsordnung trieben sie an, manche glaubten an einen SA-Sozialismus, der die bürgerliche Ordnung ablösen und einer echten Revolution den Weg bereiten müsse. Dahinter stand nicht zuletzt die explosive Unzufriedenheit vieler Arbeitsloser, die in die SA eingetreten waren und ungeduldig auf die versprochenen Posten warteten.

Preußen erschien der SA-Führung eine lockende Beute, hatten doch dort, am 12. März, Gemeindewahlen stattgefunden, die noch der „Korrektur“ bedurften. Es gab Städte, in denen die NSDAP schlecht abgeschnitten hatte; in der Rheinprovinz, in Westfalen und Oberschlesien war die NSDAP gegen das Zentrum nicht aufgekommen.

Parteifunktionäre taten sich daraufhin mit SA-Führern zusammen, um uner-

wünschte Wahlergebnisse „gleichzuschalten“. Jetzt wiederholte sich in Städten und Gemeinden, was sich schon auf Länderebene vollzogen hatte.

SA-Männer stürmten die Rathäuser und hißten dort die Hakenkreuzflagge, während Kreisleiter oder Ortsgruppenführer Massenkundgebungen veranstalteten, um anschließend die Macht in der Gemeinde zu übernehmen, wobei meist der höchste Parteifunktionär des Ortes den Posten des Bürgermeisters und der höchste SA- oder SS-Führer jenen des Polizeichefs übernahm.

„Die Spielarten des Terrors“, so der Kommunalhistoriker Horst Matzerath, „waren vielfältig: Drohungen und Einschüchterungen, Verdächtigungen und Verleumdungen, häufig bis in die private Sphäre hinein, Pressekampagnen, körperliche Mißhandlungen, Demütigungen und ‚Schutzhaft‘ brachten in vielen Orten die leitenden Persönlichkeiten dazu, sich beurlauben oder pensionieren zu lassen.“

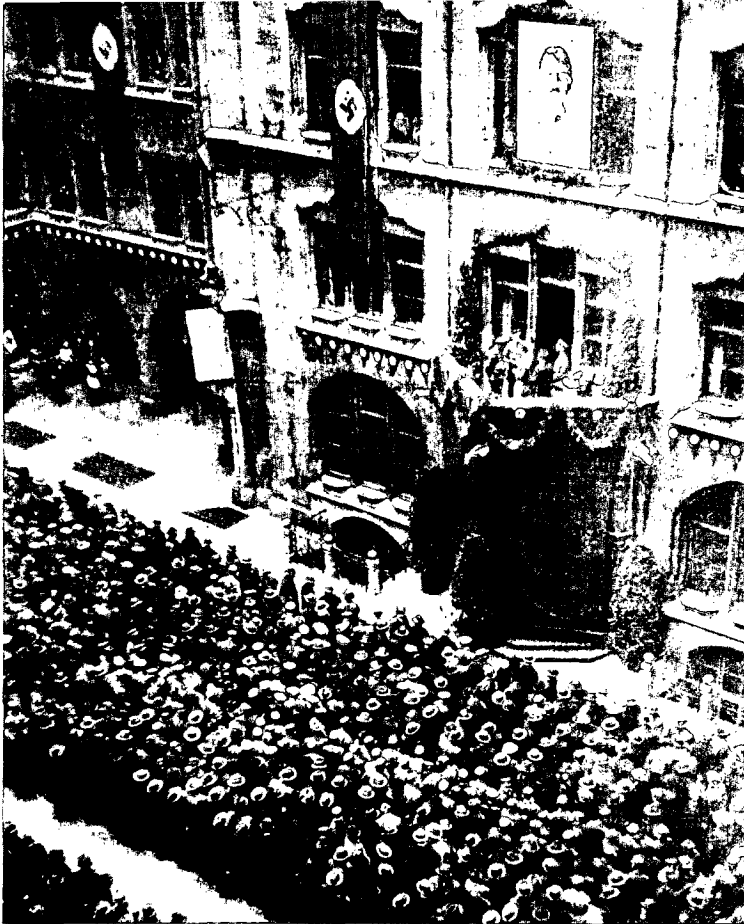
Die SA ernannte eigenmächtig Kommissare, die die örtliche Verwaltung übernahmen, und konstruierte Korruptionsvorwürfe gegen Oberbürgermeister oder hohe Magistratsbeamte, die natürlich wieder von Beauftragten der gleichen SA untersucht wurden.

Allzu viele Gemeindevertreter paßten sich dem SA-Terror an oder fügten sich resigniert, zumal sie bei den staatlichen Aufsichtsbehörden keine Unterstützung fanden. So wurden Preußens Bürgermeister und Oberbürgermeister eine leichte Beute der SA: Von den im März 1933 amtierenden Oberbürgermeistern der Städte über 200 000 Einwohner waren Ende des Jahres noch 14,3 Prozent im Amt.

Preußen war nahe daran, ein SA-Staat zu werden. Nicht einmal Hermann Göring, inzwischen vom Landtag zum

Reichsbischof Müller, Parteifreunde 1933: „Warne dringend, Terrorberichten Glauben zu schenken“





NS-Gleichschaltung in München*: „Jetzt sind wir an der Reihe!“

preußischen Ministerpräsidenten gewählt, traute sich, gegen den Gleichschaltungsterror der SA aufzumucken, beherrschten doch Röhm's Männer wichtige Positionen in Preußen: Die Polizeipräsidenten fast aller preußischen Großstädte waren SA-Führer, ein eigenes Feldjägerkorps der SA maßte sich polizeiliche Funktionen an, Sonderbeauftragte des SA-Stabschefs kontrollierten Behörden, Medien und Bürgerversammlungen.

Auch im Repressionsapparat hatte sich die SA eine Vormachtstellung gesichert, die sogar die noch an einige Normen gebundene Gestapo in den Schatten stellte. Seit der kommunistische „Staatsfeind“, Opfer der Hysterie nach dem Reichstagsbrand, gejagt und in Konzentrationslagern festgehalten wurde, hatten SA-Stürme die Führung der Kommunistenhatz übernommen.

„Jeder SA-Mann“, erinnerte sich später der preußische Gestapochef Rudolf Diels, „war in jenen Märztagen ‚dem Feind auf den Fersen‘, jeder wußte, was er zu tun hatte. Die ‚Stürme‘ säuberten die Bezirke. Sie kannten nicht nur die Wohnungen, sondern sie hatten auch von langer Hand die Unterschlupfe und Treffpunkte ihrer Gegner ausgekundschaftet. Nicht nur die Kommunisten, sondern jeder, der sich einmal gegen Hitlers Bewegung ausgesprochen hatte, war gefährdet.“

Fangtrupps der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg unter ihrem Führer Karl

Ernst trieben tatsächliche oder angebliche NS-Gegner vor sich her und schleppten sie in entlegene Schuppen, Bunker und Keller, wo sie ihre Gefangenen verhörten und oft auf bestialische Art mißbandelten.

Allein in Berlin unterhielt die SA 50 solcher „wilden“ Konzentrationslager. In der General-Pape-Straße, in der Kantstraße, in der Hedemannstraße – überall lagen Bunker, in denen SA-Männer ihre Häftlinge quälten. Die Opfer, so Diels, wurden „tagelang stehend in enge Schränke gesperrt, um von ihnen ‚Geständnisse‘ zu erpressen. Die ‚Vernehmungen‘ hatten mit Prügeln begonnen und geendet; dabei hatte ein Dutzend Kerle mit Eisenstäben, Gummiknüppeln und Peitschen auf die Opfer eingedroschen“.

Vor den Schlägern im Braunhemd war bald kein Bürger mehr sicher. Sie verprügelten unbeteiligte Spaziergänger auf dem Berliner Kurfürstendamm, brachen in die Wohnung der Verlegerfamilie Ullstein ein und zerschlugen das Mobiliar des Sohnes von Friedrich Ebert, des ersten Reichspräsidenten. Jeder Tag brachte neue Meldungen über Horrortaten der SA; grölende SA-Männer in rasenden, den „Reichen“ gestohlenen Autos gehörten zum Straßenbild dieses März 1933.

Das wurde nun selbst Göring und Diels zuviel, doch Hitler ließ die SA-Horden weitermachen. Er sah es nicht ungern, daß die SA durch ihren Terror den Trend zur Gleichschaltung immer

mehr verstärkte, zumal solche Aktivitäten sie davon ablenkte, noch weitergehende Forderungen nach einer Machtteilhabe in Partei und Staat zu stellen.

Denn: Hitler mußte den Tag fürchten, an dem er nicht mehr seines Propaganda- und Terrorheeres bedurfte. Was sollte dann aus der SA werden?

Das war ein altes Problem, das alle Parteien bedrängte, die sich paramilitärische Verbände zugelegt hatten. Die Parteien brauchten die meist jugendlichen Rollkommandos, um Wähler zu beeindrucken und Gegner einzuschüchtern, aber in Zeiten politischen Stillstands oder taktischer Finessen wurden die Privatarmeen zu einer Belastung ihrer Parteien, weil sie nicht mehr von ihrem Terror-Trip herunterkamen.

Das machte die Organisation politischer Gewalt zu einem höchst riskanten Unternehmen für die Parteien. Die KPD hatte das alles schon durchexerziert: Als ihr Politbüro im März 1931 den „individuellen Terror“ verbot, kam es zu einem heftigen Streit mit dem „Kampfbund gegen den Faschismus“ und kommunistischen Jugendgruppen, der beinahe die Partei gespalten hätte.

Ähnlich erging es jetzt Hitler mit seiner SA. Die Meuterei ostdeutscher SA-Einheiten unter ihrem Führer Walter Stennes 1930/31, eine weitere Abspaltungsbewegung der SA in Franken Ende 1932 waren ihm Warnung genug gewesen. Hitler konnte auch nicht entgehen, daß die SA glaubte, bei der Ämterverteilung nach dem 30. Januar 1933 zu kurz gekommen zu sein; ihre „Erbitterung über diese Zurücksetzung“ (Röhm) schlug sich in wilden Aktionen nieder, die Hitlers Interessen verletzten.

Ihm mißfiel schon, daß Röhm trotz der Allianz mit der Reichswehrführung nicht aufhörte, die SA zu einer militärähnlichen Organisation auszubauen, ja den Anspruch erhob, sein „Volksheer“ müsse eines Tages die „reaktionäre“ Reichswehr ablösen. Röhm schwadronierte vor seinen Unterführern: „Da muß etwas Neues her, versteht ihr mich? Die Generale sind alte Schuster. Denen kommt keine neue Idee.“

Noch ärger aber mußten Hitler die „antikapitalistischen“ Aktivitäten der aus Proletariat und unterem Mittelstand stammenden SA-Führer verdrießen, die „Volkszorn“ gegen Unternehmerwillkür organisierten und damit Hitlers Pakt mit den kapitalistischen Eliten gefährdeten.

Seit dem 9. März häuften sich in der Reichskanzlei die Klagen von Firmen, Handelskammern und Industrieverbänden über Ausschreitungen der SA: In Frankfurt am Main belagerte eine SA-Einheit die Börse und forderte den Rücktritt des gesamten Börsenvorstandes, dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine lagen „aus allen Teilen des Reiches“ Meldungen über eine SA-Blockade seiner Zweigstellen vor, der neue Reichsbankpräsident Hjalmar

* Kundgebung im Hof des Rathauses, 9. März 1933.

Schacht beschwerte sich über „dauernde Eingriffe“ der SA in die Arbeit der Bankdirektionen, in Dessau hatte ein SA-Trupp eine angeblich jüdische Firma überfallen.

Als sich nun auch noch die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände bei Frick über die „wachsende Unruhe“ beklagte, die durch SA-Aktionen „in vielen Betrieben“ entstanden sei, griff Hitler ein. Am 10. März verbot er der SA und SS alle eigenmächtigen „Störungen des Geschäftslebens“, nicht ohne seine Straßenkämpfer vor „Provokationen“ zu warnen und ihnen bedingungslose Disziplin abzuverlangen.

feindliche Partei Deutschlands verstanden, und nichts lag denn für Hitler näher, als zur Disziplinierung der SA den Antisemitismus zu aktivieren, der in den letzten Jahren aus Rücksicht auf sensible Wähler in den Hintergrund der NS-Propaganda gerückt war.

Manchen Rassenfanatiker unter den Altnazis hatte es schon verstimmt, wie sanft der Wahlredner Hitler über die „Judenfrage“ zu sprechen wußte. Praktisch war der Antisemitismus kein Wahlkampfthema gewesen, und es entsprach durchaus der Wirklichkeit, wenn der Liberale Theodor Heuss, der spätere Bundespräsident, meinte, neuerdings könne Hitler vier Stunden lang reden,

te jüdische Bankiers die Reichsregierung ersucht, die ostjüdische Einwanderung zu stoppen, die nur den Antisemitismus fördere.

Kaum einer aber ahnte, wie wenig „normal“ Hitlers eigener Antisemitismus war. Hitler war zu einer radikalen Lösung der vermeintlichen „Schicksalsfrage des deutschen Volkes“ entschlossen, und zu ihrer Vorbereitung bediente er sich nun der SA. Es bedurfte kaum sonderlicher Befehle, um Röhrs Krawallmacher gegen Juden scharf zu machen; der Judenhaß verstand sich dort gleichsam von selbst. Ein paar Winke genügten, und schon setzten sich die SA-Rollkommandos gegen jüdische Menschen und Einrichtungen in Bewegung.

Stoßtrupps erregter SA-Männer („Juden raus!“) stürmten in Gerichtsgebäude, besetzten Büros und Verhandlungssäle und verlangten die sofortige Entfernung jüdischer Richter und Anwälte. In Breslau, in Gleiwitz, in Berlin, in Görlitz – in allen großen Städten störte die SA Gerichtsverhandlungen und vertrieb jüdische Juristen.

Auch Krankenhäuser waren vor den Rowdies im Braunhemd nicht mehr sicher, denn nun verlangten die Sprechchöre der SA die Entlassung jüdischer Ärzte aus dem staatlichen Gesundheitsdienst.

Dann waren jüdische Professoren, Künstler und Journalisten an der Reihe. Wieder wälzten sich die Pöbelhaufen der SA gegen die „Schlupfwinkel der Ju-

den“ (NS-Parole), Stadt um Stadt durchkammte die SA Redaktionsbüros, Theaterrichtungen und Hörsäle. „Wie eine Springflut“, so der Zeitgeschichtler Uwe Dietrich Adam, „setzten sich derartige Aktionen im gesamten Reichsgebiet fort.“

Schon aber standen NS-Funktionäre bereit, die Tumulte der SA zur Herausgabe erster antisemitischer Erlasse zu nutzen: Ende März erzwang so Bayerns neuer Justizminister Hans Frank die Beurlaubung jüdischer Richter und Staatsanwälte und verbot den Notaren jüdischen Glaubens die Ausübung ihres Berufes. Die Länder Preußen, Hessen und Baden folgten mit ähnlichen Maßnahmen.

Es war die Stunde, in der Reichsinnenminister Frick seinen Beamten den Auf-



Konzentrationslager der SA in Berlin 1933: „Mit Eisenstäben auf die Opfer eingedroschen“

Doch schon die nächsten Industrieklagen offenbarten, daß Hitlers Ukas wenig fruchtete: Die SA setzte ihre Kampagne gegen die Wirtschaft fort. Immer deutlicher wurde, daß der Kanzler-Führer nicht mehr alle Einheiten der SA in der Hand hatte.

Je undisziplinierter sich aber die SA gebärdete, desto mehr mühte sich Hitler, die Aggressivität seiner Parteiarmee auf Nebenschauplätze abzulenken, wo sie ihn weniger störte, ja seinen heimlichen Absichten dienlicher sein konnte. Der Antisemitismus schien Hitler die rechte Droge, um die SA wieder auf Vordermann zu bringen und stärker in seine eigenen Pläne zu integrieren.

Der Judenhaß – das war das stärkste Bindemittel, das Hitler mit seinem Parteichef verband. Von ihrer ersten Stunde an hatte sich die NSDAP als die jüden-

ohne auch nur einmal das Wort „Jude“ in den Mund zu nehmen.

Und wenn es Hitler doch einmal tat, dann hielt er sich stets in den Grenzen dessen, was der Historiker Klaus Hildebrand „Normalantisemitismus“ nennt. Der war allerdings recht populär: Überall in Deutschland, auch in demokratischen Parteien, gab es Leute, die fanden, die Juden seien in gewissen Berufen überproportional vertreten und die Einwanderung osteuropäischer Juden schade den Interessen des Landes.

Der Schelte Hitlers an der Einwanderung der „Ostjuden“ konnte sogar der jüdische „Central-Verein“ zustimmen, der sich für die Unterstützung der neuen Reichsregierung ausgesprochen hatte. Das entsprach liberaljüdischer Tradition: Schon 1932 hatten zwei renommiert-



Bücherverbrennung in Berlin 1933: Terrorakte unter dem Jubel der Menge

trag gab, ein Gesetz auszuarbeiten, mit dem sich jeder Deutsche jüdischen Glaubens aus dem Staatsapparat entfernen ließ. Daraus wurde ein Machwerk, dessen offizieller Name nicht ohne Zynismus war: „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“. Ein neuer Schreckensbegriff entstand, Alptraum für jeden jüdischen Beamten – der „Arierparagraf“.

Die „Ausstoßung der Juden aus der Rechts- und Sittengemeinschaft des deutschen Volkes“ (so der Kirchenhistoriker Klaus Scholder) hatte begonnen, für Tausende deutscher Juden folgte eine Ära voll Haß, Niedertracht und Entehrung, die schließlich im Massenmord enden sollte.

Doch es gab Ausländer, denen die antijüdischen SA-Krawalle in deutschen Städten nicht entgangen waren. Korrespondentenberichte aus Deutschland und die Erzählungen emigrierter NS-Opfer brachten Hitlers Staat in Westeuropa und den USA rasch in den Ruf der Barbarei. Internationale Komitees bildeten sich, die über den NS-Terror informierten und zum Boykott Deutschlands aufriefen.

Manches davon war freilich so übertrieben, daß es dem verschlagenen Propagandaminister Joseph Goebbels nicht schwerfiel, die ausländischen Berichte als „Greuelpropaganda“ abzutun und dabei sogar bei den meisten Deutschen

Zustimmung zu finden. Dennoch wußte Goebbels nur zu gut, wie sehr die ausländischen Berichte dem Hitler-Regime schadeten.

Hitler aber wollte den Unmut über die angeblich jüdische „Greuelpropaganda“ dazu nutzen, um die deutsche Öffentlichkeit für noch schärfere rassistische Maßnahmen reif zu machen. Er rief die Öffentlichkeit, wie Goebbels festhielt, „zu einem großangelegten Boykott aller jüdischen Geschäfte in Deutschland“ für Samstag, den 1. April, auf.

Wieder traten die SA-Einheiten in Aktion, aufgepeitscht von der Parole der Parteiführung: „Nationalsozialisten! Samstag, Schlag 10 Uhr, wird das Judentum wissen, wem es den Kampf angesagt hat.“

Auch in den kleinsten Orten zogen bewaffnete SA-Posten vor jüdischen Geschäften auf und führten Plakate mit sich, die zum Boykott der Läden aufforderten. Sie verteilten Handzettel mit antisemitischen Texten („Meidet die mit dem Boykottzeichen gekennzeichneten Häuser!“) an Schaulustige, hatten allerdings Order, Passanten nicht gewaltsam am Betreten jüdischer Geschäfte zu hindern.

Der „Judenboykott“ erwies sich jedoch als ein solcher Fehlschlag, daß Hitler die Aktion schon nach zwei Tagen wieder abbrechen ließ – wegen Mangels an öffentlichem Interesse. Selbst Goeb-

bels fiel nichts Originelles ein, um die Schlappe zu bemänteln: „Waffe des Abwehrboykotts würde durch allzu häufige Anwendung nur stumpf werden.“

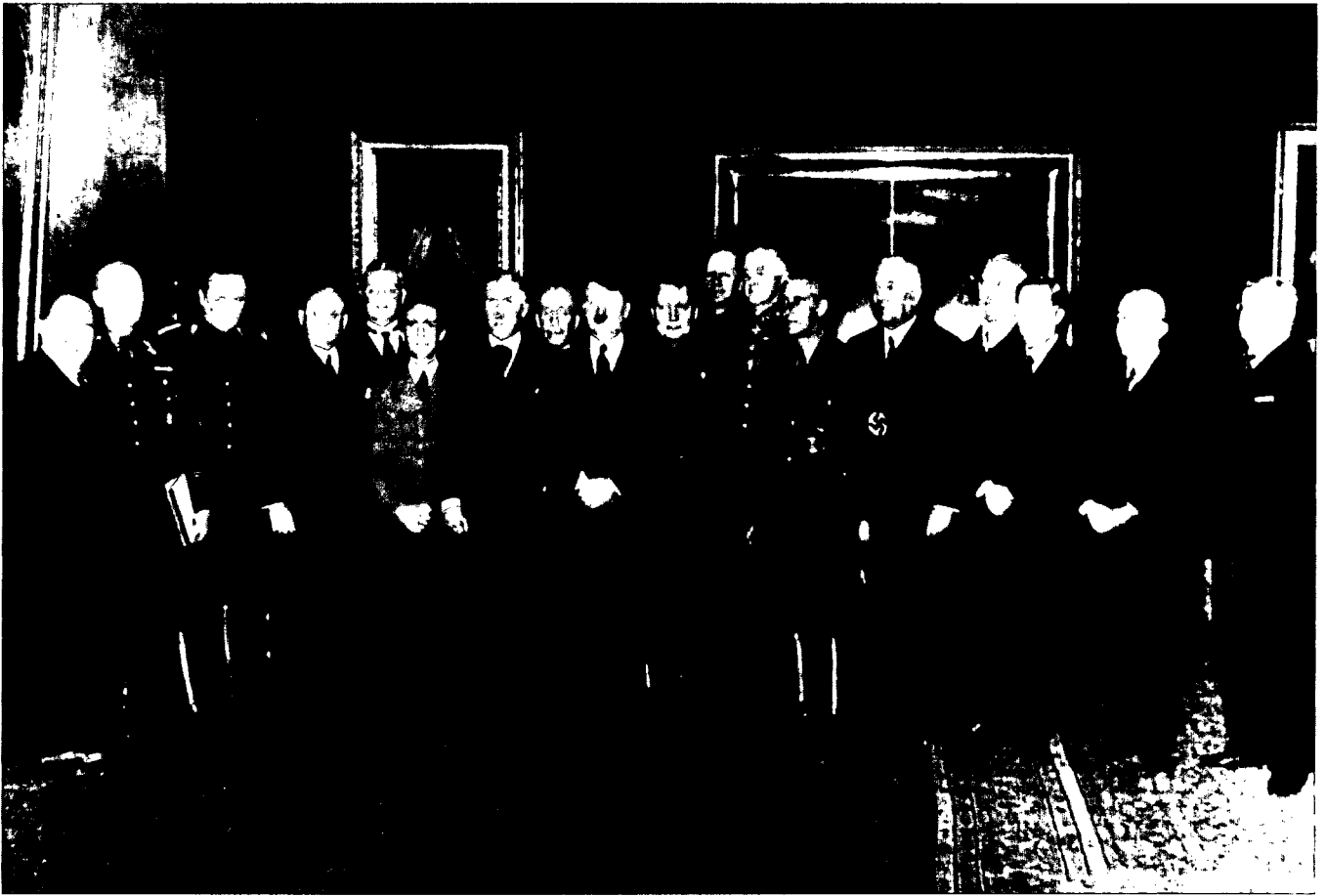
Doch die SA setzte ihren Terrorfeldzug gegen jüdische Ärzte, Anwälte und Richter fort. SA-Männer waren es, die Schaufenster „jüdischer“ Warenhäuser einschlugen und Juden verschleppten, und SA-Männer hatten die Regie, als fanatische NS-Studenten in Berlin „unter dem Jubel der Menge“, wie ein Pressebericht besagte, 20 000 Bücher „undeutschen Geistes“ verbrannten.

So blieben die Terrorgruppen der SA weiterhin Speerspitzen der Gleichschaltungsbewegung, die allmählich alle Bereiche der Gesellschaft erfaßte. Wo immer die Nation dem neuen Regime angeglichen werden sollte – die SA war dabei.

Terror allein erklärt jedoch nicht die Gleichschaltung eines ganzen Volkes. Dazu gehörte mehr: freiwillige Unterordnung, Glaube an den „Retter“ Hitler, Übereinstimmung mit den Grundzielen der „nationalen Revolution“, Resignation oder einfacher Opportunismus.

Keine Regierungsbehörde zwang Menschen dazu, sich öffentlich für Adolf Hitler zu erklären, keine NS-Dienststelle hatte evangelische Kirchenführer, Industriemanager und Literaten geheißt, in pathetischen Appellen an internationale Kollegen „im Ausland verbreitete Greuelnachrichten“ als „völlig erlogen“ abzuwerten und „im Interesse der Wahrheit und der Völkerversöhnung um aufklärende Arbeit gegen diese maßlose Hetze“ zu bitten, wie der (noch nicht gleichgeschaltete) deutsche PEN-Club am 27. März 1933 formulierte.

Deutsche Patrioten sahen es für ihre Pflicht an, Hitlers Regime von dem Verdacht antisemitischer Barbarei freizusprechen. Der SPD-Vorsitzende Otto Wels reiste zu den Führern der Sozialistischen Internationale, um ihnen deutschfeindliche „Irrtümer“ auszureden, die deutsche Gruppe des Protestantischen Weltverbandes dementierte „auf Ehre und Gewissen“ alle Meldungen über eine Judenverfolgung, und der Preußische Oberkirchenrat kablete treuerherzig nach den USA: „Warne dringend, übertriebenen und erdichteten Berichten



Hitler, neues Kabinett 1934*: „Nun baue deinem Volk, o Meister, ein neues hohes Vaterland“

über Terror in Deutschland Glauben zu schenken.“

Mochte auch mancher, wie der Sozialdemokrat Wels, die bedrängte Lage der eigenen Gruppe im Blick haben – die Proteste verrieten gleichwohl, daß selbst kritische Deutsche begannen, sich mit Hitlers Regime zu solidarisieren oder sich zumindest mit ihm abzufinden. Kaum einer wollte jetzt noch abseits stehen, fast jeder suchte Anschluß an die Organisationen und Institutionen der neuen Machthaber.

Tausende bewarben sich um Aufnahme in die NSDAP, darunter auch prominente Republikaner, die bald als „Märzgefallene“ zum festen Bestandteil des Volkswitzes gehörten. Sozialdemokraten wie der ehemalige preußische Innenminister Heinrich Waentig und der Reichsbanner-Generalsekretär Albert Gebhardt gehörten zu den ersten, die das begehrte NS-Parteibuch erwarben. Mecklenburgs evangelischer Landesbischof Heinrich Rendtorff feierte Hitler als den „uns von Gott gesandten Führer“ und trat in die Partei ein.

* Staatssekretäre Funk, Lammers, Ernährungsminister Darré, Arbeitsminister Seldte, Justizminister Gürtner, Propagandaminister Goebbels, Vizekanzler von Papen, Verkehrsminister von Eltz-Rübenach, Hitler, Luftfahrtminister Göring, Wirtschaftsminister Schmitt, Wehrminister von Blomberg, Innenminister Frick, Außenminister von Neurath, Reichsbankpräsident Schacht, Finanzminister Schwerin-Krosigk. Ganz rechts: Staatssekretär Meißner.

Und 88 Schriftsteller beeilten sich, „vor Ihnen, Herr Reichskanzler, das Gelöbnis treuester Gefolgschaft feierlichst abzulegen“ – Beginn einer Kette schwülstiger „Sinndeutungen“ des Nationalsozialismus und seines Führers. Die Dichterin Ina Seidel fühlte „unser Streben und unsere Arbeit dankbar und demütig aufgehen im Werk des einen Auserwählten der Generation, im Werk Adolf Hitlers“, und der Lyriker Otto Bangert reimte:

Er stieg empor aus Urweltiefen
und wurde ragend wie ein Berg.
Und während wir ins Elend liefen,
und bebend nach dem Retter riefen,
begann er groß sein heilig Werk.
Er steht mit aufgereckten Händen
im Untergange einer Welt,
Verzweiflung zuckt an allen Enden,
doch wie mit heißen Feuerbränden
sein Geist die wüste Nacht erhellt.
Ins ferne Morgenglühen weist er,
und alle Herzen sind entbrannt.
Die Fäuste beben und die Geister –
nun baue deinem Volk, o Meister,
ein neues hohes Vaterland!

Die Partei nutzte die Konjunktur und gewährte jedem das Parteibuch, auch ehemaligen politischen Gegnern. Selbst Röhm öffnete seine SA früheren „Marxisten“ und steckte sie ins Braunhemd, wenn sie sich verpflichteten, gleichzeitig in die NSDAP einzutreten.

Bald drängten so viele in die Partei, daß die NS-Führung schließlich im Mai

einen Eintrittsstopp verfügte. Auch Röhm's Unterführer begannen schon zu murren: In Berlin und anderen Großstädten gab es neue SA-Einheiten, in denen ehemalige Kommunisten den Ton angaben, und aus Krefeld meldete der dortige SA-Führer, in seinen Einheiten habe das im Rheinland noch immer maßgebliche Zentrum einen solchen Einfluß, daß man „nicht mehr weiß, ob wir tatsächlich an der Macht sind“.

Jeder neue Tag bewies, daß die Selbstgleichschaltung der Gesellschaft reibungsloser als die erzwungene funktionierte, zumal sich bald erwies, daß „Gleichschaltung“ vielerlei bedeuten konnte: die Zerstörung oder Auflösung einer Gruppe (wie im Falle der Gewerkschaften und Parteien), die Aufnahme von Parteigenossen in einen Vorstand oder einfach eine Loyalitätserklärung an die Adresse Hitlers.

Die meisten Vereine und Verbände ließen sich mehr oder weniger willig gleichschalten. Der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden, die Einzelhandelsgemeinschaft Großberlin, der Zigarrenhändlerbund, die Industrie- und Handelskammern, der Reichsverband der Deutschen Industrie – jede Organisation leistete jetzt ihr „nationales“ Pflichten, indem sie jüdische oder demokratische Vorstandsmitglieder entließ und Parteigenossen an deren Stelle rückte.

Das wurde so hurtig ins Werk gesetzt, daß die Aufpasser der NSDAP kaum

noch Zeit fanden, alle Gleichschaltungen wenigstens listenmäßig zur Kenntnis zu nehmen. Meist vollzogen die Vereine ihre Gleichschaltung allein: Freiwillige Feuerwehr, Rotes Kreuz, Gesang- und Turnvereine reichten ihre Gleichschaltungsmeldungen an die Partei und hatten fortan vor ihr Ruhe.

So eilfertige Anpassung verstörte die Beobachter, die noch geglaubt hatten, die Gesellschaft sei stark genug, sich dem Totalitätsanspruch der Nationalsozialisten zu widersetzen. „Die Neigung zur kampflosen Selbstaufgabe“, zürnte die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ am 10. April, „ist in höherem Maße verbreitet, als es die neuen Männer selbst annehmen konnten. Verbände und Personen lassen sich ‚gleichschalten‘, von denen man es kaum für möglich gehalten hätte.“

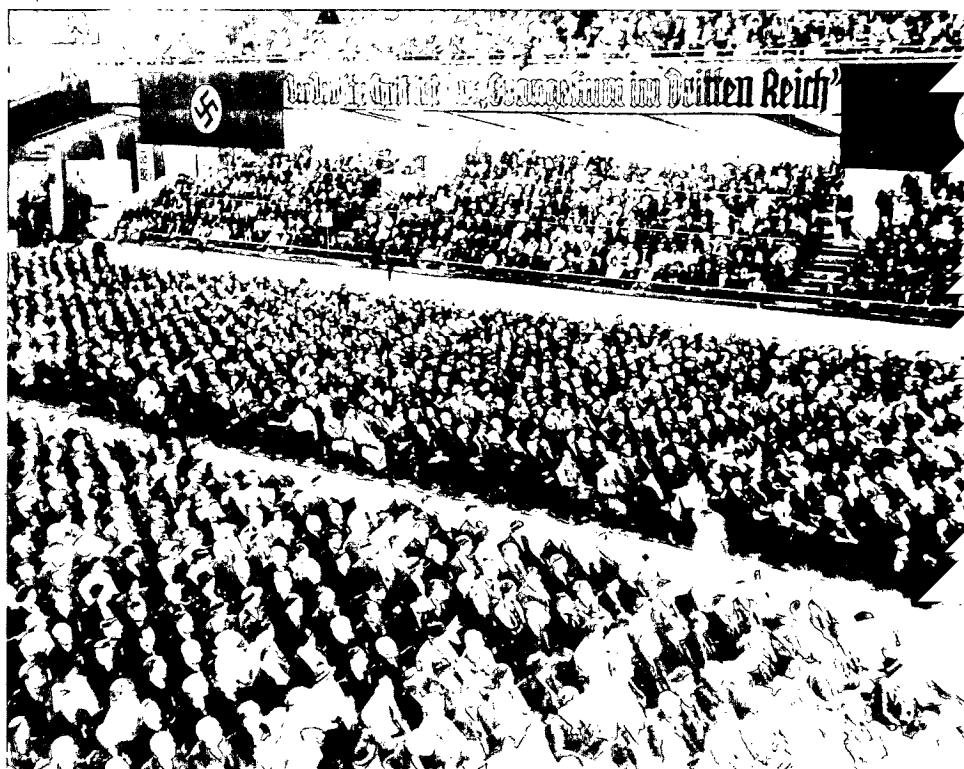
Doch die Verbände und Vereine ahmten nur nach, was ihnen die großen Sozialgruppen des Landes vormachten. Kirche, Armee, Parteien und Gewerkschaften paßten sich fleißig an.

Der katholische Klerus, der noch kurz zuvor in leidenschaftlichen Hirtenbriefen vor dem nazistischen „Neuheidentum“ gewarnt hatte, war längst dabei, seinen Frieden mit dem Regime zu machen, während die evangelische Geistlichkeit alle Mühe hatte, sich des Ansturms einer Hitler-gläubigen Bewegung zu erwehren, die Luthers Kirche völlig nazifizieren wollte.

Die Bewegung der „Deutschen Christen“ (DC), eine Art NS-Fraktion im Protestantismus, die eine „entjudete“ Volkskirche erstrebte, hatte Hitlers Machtübernahme dazu benutzt, sich handstreichartig in den Besitz einiger Schlüsselpositionen der evangelischen Kirche zu setzen. Die Stunde schien dazu doppelt günstig: In der Kirche gab es viele Pfarrer und Laien, die der landeskirchlichen Zersplitterung des deutschen Protestantismus ein Ende machen und eine Reichskirche mit einem Reichsbischof schaffen wollten.

Mit der Unterstützung Hitlers und der Partei setzte sich die revolutionäre NS-Basis in der Kirche durch. Nach den Kirchenwahlen im Juli 1933, die der DC-Fraktion eine Zweidrittelmehrheit sicherten, erzwang sie die Wahl des eifrigen Hitler-Vertrauten und Wehrkreispfarrers Ludwig Müller zum Reichsbischof, der prompt den Anführer der Deutschen Christen, Joachim Hossenfelder, in sein „Geistliches Ministerium“ berief.

Gegen Müllers Kirchenregiment und die Vormachtstellung der DC aber formierte sich nun eine Opposition unter dem Berliner Pfarrer Martin Niemöller, die bald so stark war, daß die DC-Fraktion in die Minderheit geriet. Im November 1933 ließ Müller seinen Wahlhelfer Hossenfelder fallen, er mußte sogar zulassen, daß sich mit Niemöllers „Bekennender Kirche“ eine Gegenmacht in der Kirche etablierte.



Reichstagung der Deutschen Christen in Berlin 1934: „Entjudete“ Volkskirche verlangt

Niemöller wäre freilich der Erfolg versagt geblieben, hätte sich nicht erwiesen, daß die NSDAP inzwischen zu ihren DC-Genossen auf Distanz gegangen war. Hitler, an den Kirchen ohnehin nur machtpolitisch interessiert, pfiff die Partei zurück: Von Ende 1933 an mußte sie in dem munter weitergehenden Kirchenstreit „Neutralität“ bekunden.

Der NS-Rückzug war nicht zuletzt das Werk der süddeutschen Landesbischöfe Theophil Wurm und Hans Meiser, die Niemöller unterstützten, weil sie das DC-Programm für reine Häresie hielten, gleichwohl engster Anlehnung an den neuen Staat das Wort redeten.

So verstanden Wurm und Meiser selbst Niemöllers Kampf noch als einen Akt begrenzter Anpassung an das Regime: Er neutralisierte den Spaltplatz DC und ermöglichte der evangelischen Kirche das Ja zum „neuen Deutschland“ – Niemöllers anfängliche Lobreden auf den „Staatsmann“ Adolf Hitler bewiesen das immer wieder aufs neue.

Da fiel es der Reichswehr leichter, sich den neuen Machthabern anzugleichen, hatte doch ihr führender Kopf, der Oberst Walther von Reichenau, schon am 6. Februar die Parole ausgegeben: „Niemals war die Wehrmacht identischer mit dem Staat als heute.“ Das Heer, von verzweifelte Demokraten noch immer als potentieller Gegner des Regimes mißverstanden, setzte aus kaltblütiger Machterwägung auf Hitler.

Eine Gleichschaltung lehnte die Reichswehrführung allerdings ab, da sie sich als gleichberechtigte Partnerin Hitlers fühlte, als die „zweite Säule“ des autoritären Staates. Reichenau: „Wir

haben es nicht nötig, den Soldaten zum Nationalsozialisten zu machen. Wir sind Nationalsozialisten auch ohne Parteibuch.“

Dennoch erwies sich gerade die Reichswehr als ein besonders emsiger Schrittmacher der Anpassung. Ohne sonderlichen Anlaß führte der Reichswehrminister Werner von Blomberg den Hoheitsadler mit dem Hakenkreuz in der Truppe ein, und bald akzeptierte er auch den berüchtigten Arierparagraphen, dem jüdische Offiziere und Soldaten erlagen – eine Aktion, die nur von einem einzigen Militär namens Erich von Manstein als das gewertet wurde, was sie war: ein Akt schändlichen Kameradenverrats.

Angesichts solcher Haltung einer der stärksten Mächte in Deutschland mochte es nicht mehr verwundern, daß auch die angeschlagenen demokratischen Parteien versuchten, sich mit Hitler zu arrangieren. Die Verfolgung vieler ihrer Anhänger und Parteifreunde ließ ihnen kaum eine andere Wahl, wollten sie sich nicht selbst aufgeben.

Das Zentrum wählte sich Anfang Mai Heinrich Brüning zum Vorsitzenden, der die alte demokratische Partei nach dem Führerprinzip umgestaltete und nicht müde wurde, den „positiven Willen zur unbeeinträchtigten Mitarbeit im Staate und für den Staat“ (so die „Kölnische Volkszeitung“) zu bekunden, und SPD-Führer wie Paul Löbe verhandelten mit Göring, um eine möglichst ungestörte Weiterarbeit ihrer Partei zu ermöglichen.

Besonders bedenkenlos paßten sich die Gewerkschaften an. Am 17. März offerierte der christliche Deutsche Gewerkschaftsbund Hitler seine Mitarbeit, drei Tage später folgte der sozialdemo-

kratische Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB), der sich kurz darauf von der SPD lossagte, was der ADGB-Chef Theodor Leipart dem Kanzler auch noch in einem Brief bestätigte.

Als die Reichsregierung den 1. Mai zum Nationalfeiertag erklärte, war Leipart sofort mit einer Grußbotschaft zur Stelle: „Der Bundesausschuß des ADGB begrüßt den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit und fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf, sich allerorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich zu beteiligen.“ Gehorsam marschierten Tausende von Gewerkschaftsmitgliedern bei den 1.-Mai-Umzügen der Nationalsozialisten mit.



Bekenntnispfarrer Niemöller
Gegenmacht in der Kirche etabliert

Jetzt gab es kein Halten mehr für die Gewerkschaftsführer. Altgediente sozialdemokratische Gewerkschaftler kehrten sich plötzlich von ihren ehemaligen SPD-Freunden ab, ADGB-Funktionäre traten aus den SPD-Fraktionen aus. In der Hamburger Bürgerschaft hospitalisierte sogar der örtliche ADGB-Vorsitzende John Ehrenteit mit fünf ehemaligen SPD-Abgeordneten bei der nationalsozialistischen Fraktion.

Selbst als am 2. Mai Einheiten von SA und SS in einer heimtückischen Aktion Gewerkschaftsbüros besetzten, Funktionäre verhafteten und das Eigentum der Gewerkschaften beschlagnahmten, blieb Ehrenteits Gruppe in der NS-Fraktion, sah sie doch, wie ein Mitglied erklärte, „keinen Widerspruch mit früheren Zeiten, da für meine gewerkschaftliche Tätigkeit immer die Anerkennung der amtierenden Regierung entscheidend war“.

Dachte keiner von ihnen an Widerstand? Eine fromme Lebenslüge des deutschen Antifaschismus, noch heute von bundesdeutschen Medien sorgfältig gepflegt, will weismachen, gleich zu Beginn des Dritten Reiches hätten Tausende deutscher Demokraten Widerstand geleistet und einen zähen Kampf gegen das Hitler-Regime geführt.

Einen solchen Widerstand, der sich in Taten artikulieren mußte, gab es damals kaum, er konnte sich gar nicht formieren – Volksstimmung und staatliche Repression ließen es nicht zu. Die Kommunisten im Untergrund erlebten das täglich: Sie kamen kaum zu einer systematischen Widerstandsarbeit, weil sie ständig auf der Flucht waren, nicht selten verraten von Denunzianten in ihrer engsten Umgebung.

Fast 100 000 Menschen gerieten zeitweise in Konzentrationslager, 500 kamen im Gleichschaltungsterror um, dennoch sagt ihr Martyrium wenig über den frühen Widerstand aus: Sie waren meist Opfer automatischer Verhaftungsaktionen oder primitiver Racheakte, die weit zurückliegenden Ereignissen galten. Die Historiker hatten denn auch später einige Mühe, für das Jahr 1933 Spuren eines aktiven Widerstands zu finden; rührend der Versuch des Chronisten Peter Hoffmann, schon für Widerstand zu halten, wenn Menschen „keine Hakenkreuzfahne an ihre Fahnenstangen hängten, plötzlich fleißige Kirchgänger wurden oder jedes „Heil Hitler“ geflissentlich überhörten“.

Natürlich gab es auch außer den Kommunisten noch kleine Gruppen tapferer Männer und Frauen, die Widerstand zu organisieren versuchten, doch sie mußten nicht selten einen deprimierenden Zweifrontenkrieg führen: gegen das Regime und gegen die eigene Partei.

Denn die demokratischen Parteiführer, die noch an die Fortführung legaler Arbeit im Deutschland Hitlers glaubten, wachten streng darüber, daß ihre Genossen keine illegalen „Mätzchen“ machten, wie das der Jugend-Reichsleiter und spätere SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer nannte. Der sozialdemokratische Parteivorstand untersagte jeden Widerstand, der die Partei in den Geruch der Staatsfeindlichkeit bringen konnte.

Als im April 1933 die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) Berlins Miene machte, mit ihrer ganzen Organisation samt 12 000 Mark in die Illegalität zu gehen, drohte das SPD-Vorstandsmitglied Franz Künstler ihrem Vorsitzenden den Ausschluß aus der Partei an, falls die SAJ die Aktion nicht sofort stoppe und das Geld herausricke. Er wollte sie sogar wegen Diebstahls beim Staatsanwalt anzeigen – für den Historiker Erich Matthias freilich nur ein „pädagogischer“ Schreckschuß, mit dem die SPD-Führung die rebellischen Jungsozialisten vor „parteischädigenden Dummheiten“ habe bewahren wollen.

Auch die Führer der Zentrumspar- tei glaubten ernsthaft, mit Hitler lasse sich

SÜDAFRIKA

Eine Welt in einem Land.

Südafrika bietet das Aussergewöhnliche. Die Verschiedenheiten an Fauna, Flora und Bevölkerung. Ein Land vielfältig, unverdorben und schön.

Fragen Sie Ihr Reisebüro nach den kostenlosen, farbigen Broschüren über Südafrika – für ein unvergessliches Urlaubserlebnis.

Südafrikanisches Verkehrsbüro
Postfach 4148
6000 Frankfurt 1
Tel: 0611-20656;
Telex: 4189252
Name _____

Adresse _____

SM 14/2

Wo der Sommer keine Jahreszeit kennt.



satur



SA bei der Besetzung eines Gewerkschaftshauses in Berlin 1933: Statt Widerstand Mitarbeit angeboten

noch ein modus vivendi finden. Der ehemalige Parteivorsitzende Ludwig Kaas ließ es sich nicht nehmen, Hitler zu dessen Geburtstag „aufrichtige Segenswünsche und die Versicherung unbeirrter Mitarbeit“ zu schicken, und Brüning sah sich sogar schon als Hitlers Mitarbeiter.

Das ging auf die ersten außenpolitischen Gehversuche des Kanzlers Hitler zurück, bei denen ihm Brüning assistiert hatte. Auf der Genfer Abrüstungskonferenz hatte die britische Regierung im Mai einen neuen Plan vorgelegt, der zwar eine begrenzte Verstärkung der hoffnungslos unterbewaffneten Reichswehr zugestand, aber die stets von allen Reichsregierungen verlangte volle Gleichberechtigung Deutschlands in der Bewaffnung verweigerte.

Wehr- und Außenminister sahen darin eine Behinderung der noch in der Schleicher-Ära beschlossenen deutschen Aufrüstung und legten dem Kanzler nahe, die Abrüstungskonferenz ganz zu verlassen. Hitler aber, an der internationalen Aufwertung seines Regimes interessiert, scheute vor einem so radikalen Kurs zurück.

Der Kanzler hatte eine andere Idee: Er wollte in einer großangelegten „Friedensrede“ vor dem Reichstag, ohne die eigenen Aufrüstungspläne zu erwähnen, das deutsche Verlangen nach Gleichberechtigung und Abrüstung *aller* Mächte demonstrieren und sich dabei der Unterstützung sämtlicher Parteien versichern – auch der vom Regime terrorisierten Demokraten.

So war Hitler nicht abgeneigt, seine Reichtagsrede mit den Auffassungen Brünings abzustimmen. Am 16. Mai trafen sich die beiden Männer und gingen Hitlers Redetext gemeinsam durch. Brü-

ning machte Ergänzungsvorschläge und strich Formulierungen, die er für unnötige Konzessionen an die Genfer Adresse hielt (wie etwa Hitlers ohnehin fragwürdiges Angebot, SA und SS einer internationalen Kontrolle zu unterwerfen).

Das verlief so harmonisch, daß Hitler schließlich Brüning fragte, ob er nicht auch in Zukunft mit ihm zusammenarbeiten wolle. Er bot dem Ex-Kanzler an, die Leitung der deutschen Delegation auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz in London zu übernehmen, und auch einen Reichsaußenminister Brüning konnte sich Hitler vorstellen, wie kurz darauf der britische Botschafter in Berlin nicht ohne Verblüffung seiner Regierung meldete.

Brüning war von dem milden Hitler so fasziniert, daß er es übernahm, das Zentrum und die SPD dafür zu gewinnen, einer Resolution zuzustimmen, die besagte, der Reichstag stelle sich „in dieser für das Leben der Nation entscheidenden Schicksalsfrage der Gleichberechtigung des deutschen Volkes geschlossen hinter die Reichsregierung“.

Die Zentrumsparterie war sofort einverstanden, auch die SPD wollte trotz aller Bedenken mitmachen. Vergebens warnte der ins Ausland gegangene Wels die SPD-Fraktion vor einer Zustimmung zu der Resolution, am Ende erließ er sogar einen „Parteibefehl“, der allen SPD-Abgeordneten verbot, an der Reichstagsitzung teilzunehmen. Da aber rebellierten die Genossen gegen ihren Parteivorsitzenden und verbatnen sich jede Einmischung „aus dem Ausland“.

Am 17. Mai 1933 erschien Hitler vor dem Plenum des Reichstages und hielt seine Ansprache. „Eine sanftere Friedensrede hätte auch Stresemann nicht halten können“, notierte sich der SPD-

Abgeordnete Wilhelm Hoegner. Was folgte, war eine sentimentale Szene voller Patriotismus und Selbstbetrug. Hoegner beschreibt sie so:

Wir Sozialdemokraten warteten gespannt auf Angriffe gegen uns. Als sie ausblieben, sahen sich manche in unseren Reihen freudig überrascht und glücklich an. Jetzt kam die Abstimmung. Wir erhoben uns und stimmten der Erklärung des deutschen Reichstags zu. Da brach ein Beifallssturm der anderen Abgeordneten los. Selbst unser unversöhnlichster Gegner, Adolf Hitler, schien einen Augenblick bewegt. Er erhob sich und klatschte uns Beifall zu. Dann fingen die deutschnationalen Abgeordneten das Deutschlandlied zu singen an. Die meisten in unseren Reihen sangen mit. Manchen liefen die Tränen über die Wangen. Es war, als hätte uns Sozialdemokraten, die man immer als die verlorenen Söhne des Vaterlandes beschimpfte, einen unsterblichen Augenblick lang die gemeinsame Mutter Deutschland ans Herz gedrückt.

Doch die nationale Solidarität von den Nazis bis zu den Sozis blieb eine Fata Morgana; Hitler dachte nicht einen Augenblick daran, den alten Parteien das Leben zu lassen. Zwar traf er sich am 30. Mai erneut mit Brüning, der nun schon hoffte, durch eine Allianz Zentrum/NSDAP wenigstens ein Stück der verlorenen politischen Freiheit zurückholen zu können, Hitler aber verschob die Erörterung dieser Fragen immer wieder.

Er wartete nur noch auf den für ihn geeigneten Augenblick, um auch die letzten Überbleibsel des demokratischen Parteienstaates zu beseitigen. Die republikanischen Parteien waren ohnehin kaum mehr als Fassaden: Tausende von Sozialdemokraten hatten die SPD verlassen, renommierte Zentrums Politiker waren zur NSDAP übergetreten, ganze Fraktionen des deutschnationalen

Lagers suchten Anschluß bei Hitlers Partei.

Noch aber gab es einen bürgerlichen Parteiführer, der Einfluß besaß und durch seine bloße Gegenwart Hitler daran hinderte, das Kabinett der einstigen konservativen Aufpasser nach seinem Willen umzubauen: Alfred Hugenberg, der deutschnationale Agrar- und Wirtschaftsminister. Der zänksische Geheimrat machte Hitler immer wieder Schwierigkeiten.

Da unterlief Hugenberg ein entscheidender Fehler: Auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz verteilte der Minister ein Memorandum, in dem er namens der Reichsregierung Ansprüche auf ein deutsches Kolonialreich in Afrika und Siedlungsgebiete im europäischen Osten anmeldete. Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath war entsetzt, denn Hugenberg hatte seine Aktion nicht mit ihm abgesprochen. Auch Hitler, ja das ganze Kabinett entrüstete sich – Grund für Hugenberg, am 26. Juni zurückzutreten.

Jetzt kam Hitlers Stunde. Binnen drei Tagen verkehrten sich die Machtverhältnisse im Kabinett ins Gegenteil: Die konservativen Aufpasser des 30. Januar gerieten in die Minderheit, von nun an bestimmten Nationalsozialisten den Kurs des Kabinetts: neben Frick, Goebbels und Göring der neue Wirtschaftsminister Kurt Schmitt und der Agrarminister Walter Darré.

Den Rest besorgten SA-Kommandos und „freiwillige“ Gleichschalter: Schlag auf Schlag wurden die Parteien verboten oder lösten sich selber auf. Am 14. Juli 1933 war Adolf Hitlers Machtergreifung nahezu perfekt: Ein Gesetz proklamierte die NSDAP zur einzigen rechtmäßigen Partei Deutschlands.

Die Masse der Deutschen aber nahm den Start in die Führerdiktatur gelassen hin, den alten Parteien weinte kaum einer eine Träne nach. In den Wirren der Republik desorientiert, im Elend der Wirtschaftskrise entmutigt und zugleich autoritätsgläubig auf den starken Mann vertrauend, überantwortete sich die Nation dem vermeintlichen Heilsbringer.

In der Panikstimmung jener Zeit zählte für viele Menschen nur Abhilfe aus sozialer Not – und Hitlers Regime leistete sie. Mit einem Sofortprogramm wurde

das dramatischste Problem, die Massenarbeitslosigkeit, angepackt, und erste Erfolge stellten sich ein.

Auf manchen Deutschen, der von den Nazis radikale, gesellschaftsumstürzende Neuerungen befürchtet hatte, wirkte es beruhigend, daß die Mittel der Krisenbewältigung noch von den republikanischen Regierungen stammten: Der Einsatz eines Arbeitsdienstes für Siedlungs- und Straßenbau, die Anlage von Autobahnen, staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsablauf – das war schon früher in Aussicht genommen worden.

Das war nun überhaupt typisch für die ersten Monate der Hitler-Diktatur, die über die eigentlichen, weiterreichenden Ziele der neuen Machthaber hinweg-



Ex-Kanzler Brüning: Harmonische Gespräche mit Hitler

täuschten: daß die Nazis die überkommene Gesellschaft völlig intakt ließen und nur das Programm beschleunigten, das ihre konservativen Partner schon vorher festgelegt hatten.

Eine Zeitlang konnte es oberflächlichen Beobachtern sogar scheinen, als hätten Militärs und Konservative einen größeren Einfluß auf die Wehr- und Außenpolitik des Dritten Reiches als Hitler. Blomberg und Neurath entschieden in der Tat anfangs völlig autonom über Rüstungsfragen oder über den Kurs auf der Genfer Abrüstungskonferenz, während sich Hitler eher als Bremser allzu expansionsfreudiger Gesten verstand.

Zu diesem irreführenden Bild trug auch bei, daß der Kanzler Hitler ge-

rade das verhinderte, womit die meisten Deutschen gerechnet hatten: die totale Herrschaft der NSDAP in Deutschland.

Hitler zeigte nicht die geringste Lust, seine Macht mit den Unterführern der NSDAP zu teilen, und die Partei selber war kaum fähig, dauerhaft Macht auszuüben: Sie war nur als Wahlorganisation strukturiert, ihr fehlte der bürokratisch-zentralistische Apparat – die ersten Ansätze dazu, die einst Gregor Straßer geschaffen hatte, waren von Hitler wieder zerstört worden.

So konnte Hitler leicht verhindern, was vorher jedem Parteigenossen selbstverständlich erschienen war: die Übernahme des Staates durch die Partei. Sie durfte ihre in den Gemeinden errungene Machtstellung im wesentlichen behalten, die Parteigenossen konnten auch in wichtige Staatsstellungen einrücken, aber der Partei blieb die Staatsführung meist verschlossen.

Hitler funktionierte die NSDAP um: zu einem Transmissionsriemen der Führergewalt, zum politisch-ideologischen Mobilmacher des Volkes.

Partei und Staat durften sich niemals vereinigen, wenn Hitler auch wiederholt ihre „Verschmelzung“ ankündigte. Es wurde sogar ein „Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“ erlassen, doch er billigte der Partei nur eine propagandistische Aufgabe zu; die NSDAP, hieß es da, sei „Trägerin des deutschen Staatsgedankens“.

Hitler wußte auch zu verhindern, daß diese Trägerin einen allzu intimen Einblick in seine Werkstatt und seine Pläne erhielt. Er hintertrieb bezeichnenderweise die Übersiedlung der in München sitzenden Reichsleitung der Partei nach Berlin; nur ein winziger „Verbindungsstab der NSDAP“ hielt in der Reichskanzlei Kontakt zum Chef.

Hitler wachte auch darüber, daß in der Partei keine Gegenmacht entstand. Führende Parteigenossen wollten einen Seniorensenat bilden – Hitler lehnte ihn ab. Reichs- und Gauleiter der NSDAP wollten sich zu regelmäßigen Tagungen treffen – Hitler verhinderte es. Alt-Parteigenossen planten eine eigene Organisation – Hitler verbot sie. Wo immer die Partei versuchte, sich neben Hitler als eine eigenständige Macht zu etablieren, entzog er ihr den Boden.

Kein Wunder, daß ein so autoritätsgläubiges Volk wie das deutsche Hitlers Verhalten als Unabhängigkeitsstreben eines um sein überparteiliches Profil bemühten Staatsmannes mißdeutete. Vor allem der übersteigerte Ordnungssinn der konservativ-autoritären Eliten konnte sich den Kanzler des Deutschen Reiches nicht anders vorstellen als einen Politiker, der in jedem Augenblick zur Wahrung der Staatsautorität entschlossen sei.

Es sei „weitverbreitete Anschauung“ gewesen, schrieb Manstein später, daß

„Hitler von den Missetaten seiner Leute nichts wisse und sie sicher nicht billigen würde, falls er sie erführe“. Aus solchen Wunschvorstellungen entstand die unsterbliche Formel, die nachher einen bitter-ironischen Nachgeschmack hinterließ, damals aber von vielen Deutschen geglaubt wurde: „Wenn das der Führer wüßte!“

Solcher Wunderglaube blieb nicht ohne Nahrung. Hitler unterband die Bespitzelung der Reichswehr durch Organe der Partei, er liquidierte alle sozialistischen Experimente hitziger Parteigenossen. Den stärksten Beifall aber trug ihm in Bürgertum, Armee und Industrie ein, daß er sich von der SA immer deutlicher distanzierte.

Für Hitler blieb die SA ein Ärgernis, denn in dem ungeliebten, beschäftigungslos gewordenen Parteiheer des Ernst Röhm herrschte „eine explosive Stimmung, die für die Stabilität des nationalsozialistischen Regimes ein bedrohliches Problem darstellte“, wie die Historikerin Mathilde Jamin urteilt. Die SA sah sich plötzlich von der Gesellschaft des Dritten Reiches ausgeschlossen.

In der SA ging der Spruch um: „Wir werden in die Ecke gestellt, genau wie die alten Frontschweine.“ Zug um Zug hatten Göring und Frick die SA ihrer früheren Machtstellung beraubt. Im August 1933 war die SA-Hilfspolizei in Preußen aufgelöst worden, im Oktober hatte ihr Frick jede Anmaßung polizeilicher Befugnisse verboten, zugleich war die Institution der SA-Kommissare abgeschafft und waren sogar einige der schlimmsten SA-Folterer vor Gericht gestellt worden.

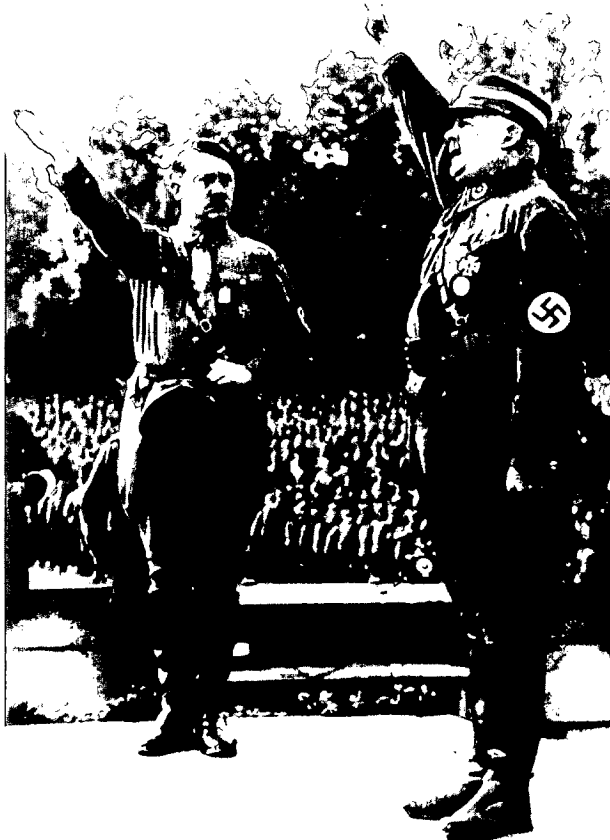
Wo immer die SA Machtstellungen räumen mußte, rückten SS-Männer nach. Sie beherrschten bereits den gesamten Polizeiapparat, nicht zuletzt in Preußen, wo Göring sich mit dem SS-Chef Himmler gegen die SA verbündet und dessen engstem Gefolgsmann Reinhard Heydrich anstelle von Diels die Leitung der Gestapo überlassen hatte.

Je mehr sich aber die SA von der politisch-polizeilichen Macht ausgeschlossen sah, desto heftiger verbiß sich Röhm in seinen alten Plan, aus der SA eine zweite Wehrmacht zu machen. Die

Generale der Reichswehr reagierten heftig, und das mußte Hitler alarmieren.

Denn: Er benötigte dringend die Unterstützung der Reichswehr – nicht nur für die Aufrüstung, sondern aus existentiellen Gründen. Noch fehlte nämlich seinem Machtsystem der krönende Schlußstein: die Nachfolge Paul von Hindenburgs. Ohne die Generale ließ sie sich nicht sichern. Blieb die alte Frage: Was mit der SA anfangen?

Hitler war stets vor einer frontalen Auseinandersetzung mit der SA zurückgeschreckt. Er betrieb ein Doppelspiel, das freilich eher Schwäche als rationale Überlegungen widerspiegelte: Einesteils



Rivalen Hitler, Röhm Juni 1934
„Alle SA-Führer werden erschossen“

förderte er das Braunhemden-Heer zur Durchsetzung weiterreichender NS-Pläne, zum anderen liebäugelte er mit der Idee, die SA einfach aufzulösen.

Doch Hitler fühlte sich zu schwach, seiner SA den Selbstmord abzuverlangen. Da traten ihm im Frühsommer 1934 mit Heydrich, Himmler und Göring drei Männer gegenüber, die einen Plan hatten und genau wußten, wie man das SA-Problem lösen könne: durch Liquidierung von Röhm's Führungsmannschaft.

Hitler griff zu, wenn auch nicht ohne Zögern. Noch war er nur halbwegs überzeugt, da erschreckte ihn eine spektakuläre Rede.

Am 17. Juni kletterte Hitlers Vizekanzler Franz von Papen im Auditorium

maximum der Marburger Universität auf das Rednerpult und wettete gegen „all das, was an Eigennutz, Charakterlosigkeit, Unwahrhaftigkeit, Unritterlichkeit und Anmaßung sich unter dem Deckmantel der deutschen Revolution“ ausbreite.

Die „brausende Zustimmung“ (Papen) enthüllte Hitler, daß sich im rechtskonservativen Bürgertum eine konterrevolutionäre Opposition formierte. In Hitler keimte ein furchtbarer Verdacht auf: Wie, wenn sich die Unzufriedenen in der SA mit den Unzufriedenen im Umkreis von Papens verbänden?

Die Späher der Gestapo hatten bereits erste Fäden zwischen den beiden Lagern entdeckt: SA-Gruppenführer Prinz August Wilhelm von Preußen, ein Sohn des letzten Hohenzollern-Kaisers, galt den Männern des Papen-Kreises als der geeignete Reichsverweser-Kandidat für den Tag, an dem der schon todkranke 86jährige Reichspräsident von Hindenburg die Augen schloß.

Hitler erkannte, daß die Auseinandersetzung mit der Opposition spätestens am Todestag Hindenburgs kommen werde; die Spekulationen der bürgerlichen Opponenten zielten alle auf den verwaisten Präsidentensessel; ihn sollte ein Hohenzollern-Prinz ausfüllen, Galionsfigur einer monarchistischen Restauration.

Dem mußte Hitler zuvorkommen. Er besuchte Hindenburg auf dessen ostpreussischem Gut Neudeck, um sich von dem Gesundheitszustand des Alten zu überzeugen. Er wollte abschätzen können, wieviel Spielraum ihm, Hitler, noch blieb, seinen eigenen Nachfolgeplan zu verwirklichen: Starb Hindenburg, dann wollte Hitler die Posten von Kanzler und Präsident zu der neuen Diktatorenwürde des „Führers und Reichskanzlers“ vereinigen – vorausgesetzt, die Reichswehr spielte mit.

Als hätte es noch eines Hinweises auf die Schlüsselrolle der Reichswehr bedurft, trat dem Kanzler, als er am 21. Juni die Freitreppe von Schloß Neudeck hinaufstieg, der Reichswehrminister von Blomberg entgegen. Blomberg erklärte Hitler, es sei dringend erforderlich, den inneren Frieden des Reiches wiederherzustellen, für Radikalinskas sei im neuen Deutschland kein Platz.

Hitler verstand die Anspielung: Wollte er die Reichswehr für sein Nach-Hindenburg-Regime gewinnen, dann mußte er den Rivalen der Reichswehr opfern, Röhm's SA. Auf dem Rückflug nach Berlin am 21. Juni 1934 hat sich offenbar Hitler zu dem entschlossen, was man seither nicht ohne Ironie den Röhmputsch nennt – den Putsch des Hitler-Regimes gegen Röhm.

Spätestens am 25. Juni erfuhr Blomberg, daß Hitler die Feldgrauen von dem braunen Alpdruck befreien wolle. Er werde, so erklärte Hitler ihm, die gesamte SA-Führung zu einer Tagung in dem bayrischen Kurort Bad Wiessee zusammenrufen, dort die SA-Führer persön-

lich verhaften und mit ihnen „abrechnen“.

Gestapochef Heydrich übernahm die Vorbereitung des Coups, die Reichswehr lieferte Waffen und Transportmittel, schließlich schwärmten SS- und Polizeitrupps aus, um die potentiellen Opfer einzukreisen. Einen Vorwand für die mörderische Aktion hatten Heydrichs Fälscher schon konstruiert: Röhms SA habe den Führer und die ganze Reichsregierung durch einen Putsch beseitigen wollen.

Am Morgen des 30. Juni 1934 war es soweit: Unter Führung Hitlers überfiel ein Kommando von SS-Männern und Polizisten die Pension Hanselbauer in Bad Wiessee und verhaftete die dort wohnenden SA-Führer, während auch im übrigen Bayern Fangtrupps auschwärmten, um wahllos „verräterische“ SA-Führer und alte NS-Gegner zu verhaften.

Hitler schrie jedem SA-Mann zu, der ihm begegnete: „Ich komme eben aus Wiessee und habe Stabschef Röhm verhaften lassen. Dieser hat mit Schleicher einen Putsch gegen mich und die Staatsführung vorgehabt. Alle beteiligten SA-Führer werden erschossen.“

Dann setzten sich auch in Berlin und in Preußen die Mörderkommandos in Bewegung. Durch Berlins Straßen rasten Überfallwagen der Polizei und Lkw mit aufgesessenen SS-Männern. Das Tiergartenviertel, in dem die wichtigsten SA-Quartiere lagen, wurde abgesperrt. Die dort diensttuenden SA-Führer ließen sich widerstandslos abführen.

Zugleich umstellten SS und Polizei das Amt des Vizekanzlers von Papen, erschossen seinen Pressechef von Bose und nahmen andere Papen-Mitarbeiter fest, denn auch der „reaktionäre“ Staatsfeind wurde jetzt zur Strecke gebracht.

Der Hauptsturmführer Kurt Gildisch von der SS-Leibstandarte Adolf Hitler fuhr mit einigen seiner Männer ins Reichsverkehrsministerium und schoß dort den Ministerialdirektor Erich Klausener, einen prominenten katholischen NS-Gegner, nieder. Noch am gleichen Tag schleppte er den SA-Führer Ernst, den Drangsalierer so vieler Menschen, in einen Erschießungskeller der Leibstandarte.

Der Blutdurst der SS-Männer wuchs von Stunde zu Stunde. Er löste sich von dem offiziell verkündeten Zweck, der Beseitigung von Meuterern und Staatsfeinden, und schlug in einen persönlichen Rachefeldzug um, dem nun auch all jene zum Opfer fielen, die Zeugen und Mitwisser des unsicheren Weges Adolf Hitlers an die Macht gewesen waren.

Rache, Rache, Rache: Am frühen Nachmittag holten Gestapo-Beamte den alten Hitler-Rivalen Gregor Straßer ab, und ein paar Stunden später schoß ihn ein SS-Mann in der Zelle 16 des zentralen Gefängnisses der Geheimen Staats-

Anzeige

Mein Marokko



Musikerguppe-unterwegs...

Lang ersehnt und wohlverdient nach dem Studium: Meine Reise nach Marokko.

An einem kalten Tag flog ich mit meinem Freund von Hamburg nach Tanger - 4 Stunden nur. Afrika!!

TANGER gab uns den ersten orientalischen Vorgeschmack. Diese Farben, dieses Klima, dieses Leben und Treiben...

Nach 2 Tagen wurde ich sentimental: CASABLANCA, Humphrey, ich komme. Mit einem Leihwagen fuhren wir die Atlantikküste entlang und machten erstmals 100 km vorher Station - in RABAT, der heutigen Landeshauptstadt. Eine der sogenannten „4 Königstädte“ und mit ihrer hochgelegenen, malerischen Kasbah und den ehrwürdigen Baudenkmälern unbedingt sehenswert. Dann: Erholung am Meer in MOHAMMEDIA. Traumhaft.

Endlich CASABLANCA. Ziemlich weltstädtisch und - westlich anmutend. Ricks „Café Americain“ nun ja, es hat sich etwas verändert... aber interessant war's.

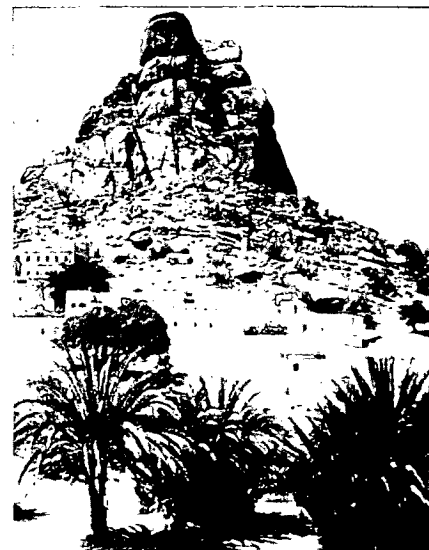
Nun fühlten wir uns reif fürs Landesinnere. Über SETTAT und BENGUEIRIR nach MARRAKESCH, auch eine Königstadt. Umwerfend. Die Altstadt, genannt Medina, die Prachtstraßen der Neustadt, ein Konglomerat von Kultur, Tradition, Moderne, Farben.

Nach einer Woche hatten wir auch das richtige „Feilschen“ raus und viele schöne handgefertigte Dinge im Auto. Jetzt weg - bevor das Geld ausgeht.

Uns reizte natürlich die vielgerühmte „Straße der Kasbahs“. Wir mühten uns mit dem Auto durch den Atlas, größtes Gebirge Marokkos, nach OUARZAZATE. Zwischen Südwesten und Südosten reiht sich eine fast ununterbrochene Kette von Kasbahs, alten festungsähnlichen Anlagen, die heute noch von den Einheimischen Berber-Stämmen bewohnt sind, aneinander.

Die Kasbahs im hohen Atlas - im Gegensatz zu anderen Landesteilen - sehen einheitlich aus, und doch unterschiedlich, daß man die Kamera gar nicht mehr aus der Hand legt. Um einen mehrstöckigen Zentralbau mit Innenhof gruppieren sich vier hohe Ecktürme. Eine hohe Mauer umgibt den Bau. Der Kern der ältesten Anlagen ist häufig über 400 Jahre alt, die Bauweise reicht jedoch bis in die vorrömische Zeit zurück. Ornamente an den Außenwänden gelten als glücksbringend und sollen vor „dem bösen Blick“ schützen. Kasbahs bestehen aus Lehm und sind sehr witterungsanfällig, werden jedoch von den Bewohnern immer wieder renoviert. Alle wichtigen Orte des Dades-Tals, unserer Region, sind über eine passable Straße zu erreichen. Wir fahren von OUARZAZATE nach TAOURIRT und SKOURA - eine Großoase mit zahlreichen Kasbahs. Pisten, aber immerhin, führen zu den Festungen, in denen uns gastfreundliche Menschen gegen ein kleines Entgelt ihre Häuser zeigen. Hochinteressant! Hinter Boumalne beginnt die tief eingeschnittene Dades-Schlucht (Gorges du Dades). Kasbah über Kasbah - besonders schön der Ort M'SEMRIR mit mehreren Kasbahs. Viele Wege sind nur per pedes zu erobern. Die Hauptstraße jedoch führt über TINERHIR zur Provinz-Hauptstadt ER ATHIDIA in die Vorsahara.

Von dort führen wir gen Süden nach ERFOUD, dem Ende der Route - rechtzeitig zum „Sonntagsmarkt“. Wir ließen uns für die Route Kasbahs 12 Tage Zeit. Unvergeßlich schöne Zeit. Und doch: Marokko hatten wir noch längst nicht voll entdeckt...



Wunderschönes, fremdartiges Marokko.



Führer und Reichskanzler Hitler 1934: „Der deutsche Donner hat endlich sein Ziel erreicht“

polizei rücklings nieder. „Selbstmord“ lautete die offizielle Lesart.

Kurz darauf peitschten Schüsse im Arbeitszimmer Kurt von Schleichers in Neu-Babelsberg. Zwei Männer waren eingetreten, die nur wissen wollten, ob er der General von Schleicher sei. „Auf die an ihn gerichtete Frage“, so später Schleichers Köchin, „wandte er (Schleicher) seinen Körper etwas um, um den Herrn zu sehen, und sagte jawohl. In diesem Augenblick krachten auch schon die Schüsse.“ Die Ehefrau des Generals stürzte herbei, auch sie wurde niedergeschossen.

Immer weiter ging das Morden, ein Mitwisser nach dem anderen starb. Schleichers Abwehrchef Ferdinand von Bredow wurde ermordet, der bereits angeschossene Straßer-Gehilfe Paul Schulz rannte seinen Mördern davon und versteckte sich so lange, bis alles vorüber war, und auch der Brüning-Freund Gottfried Treviranus, gerade im Tennisdresch, konnte sich noch durch einen Sprung über die Mauer seines Gartens in Sicherheit bringen (Brüning selber hatte schon vorher Deutschland verlassen).

Am Morgen des 2. Juli 1934 hatten die Mörder genug. Der erste Massenmord in der Geschichte des Dritten Reiches war verübt, 83 Menschen hatten einen grausamen Tod gefunden, ohne Gerichtsverfahren, ohne Gelegenheit zur Verteidigung, Opfer einer brutalen Partei- und Cliquenräsion. Hitler später vor dem

Reichstag: „In dieser Stunde war ich des deutschen Volkes oberster Gerichtsherr.“

In den Kasernen der Reichswehr erklangen Hurra-Rufe, in den Offizierskasinos klirrten die Sektgläser. General von Blomberg begann der Jubel seiner Offiziere über den 30. Juni anzuwidern: „Ungehörig, sich über die Gefallenen zu freuen und im Kasino zu reden.“

Das hinderte Blomberg freilich nicht, den schon in Neudeck abgesprochenen Preis an den Mörder Röhm zu entrichten. Kaum senkte sich am 2. August 1934 Paul von Hindenburgs Hausflagge auf halbmast, da ließ der Wehrminister sofort alle Offiziere und Soldaten der Reichswehr auf den neuen Obersten Befehlshaber vereidigen – auf „den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler“.

Gab es kein Entsetzen in Deutschland über die Mordtaten des 30. Juni, keine Empörung über Hitlers Skrupellosigkeit? Kaum. „Das Volk von der Herrschaft Minderwertiger zu befreien, ist ein Preis, der einen hohen Einsatz wert ist“, schrieb die „Frankfurter Zeitung“ und formulierte damit nur, was fast alle Deutschen dachten. Vergessen waren die Morde an den bürgerlichen NS-Gegnern, vergessen die Todesschreie der liquidierten SA-Führer.

Die Nation beherrschte nur eine Hoffnung, ein Wille: Nie wieder sollten Schläger im Braunhemd die Ruhe des

Bürgers stören. Die Deutschen kannten noch nicht die „Maskerade des Bösen“ (Dietrich Bonhoeffer), sie wußten noch nicht, daß im Vorhof absoluter Diktatur der Angriff auf die Freiheit mit dem Anspruch einhergeht, Ordnung zu schaffen und das historisch Notwendige zu tun – das „plausible Verbrechen“.

Die Verneblung des Gewissens hatte in Deutschland begonnen, ein Weg war beschritten, der die Deutschen auf die Schlachtfelder des Zweiten Weltkriegs und vor die Gaskammern von Auschwitz führen sollte. Noch verschleierten Hitlerkult und Regime-Erfolge die Fahrt in die deutsche Katastrophe, doch die Seher des 19. Jahrhunderts hatten schon ähnliches vorausgeahnt.

„Und wenn ihr es einst krachen hört, wie es noch niemals in der Weltgeschichte gekracht hat“, schrieb Heinrich Heine, „so wißt: Der deutsche Donner hat endlich sein Ziel erreicht. Es wird ein Stück aufgeführt werden in Deutschland, wogegen die Französische Revolution nur wie eine harmlose Idylle erscheinen möchte.“

Ende

Der ungekürzte Text der Serie von Heinz Höhne ist unter dem Titel „Die Machtergreifung“ als SPIEGEL-BUCH Nr. 39 im Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek bei Hamburg, erschienen.